

Nicht für Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Stellen Sie den Antrag möglichst nicht später als drei Wochen vor Antritt der Wehrübung/Übung/besonderen Auslandsverwendung.

Das Antragsrecht erlischt drei Monate nach Beendigung der Wehrübung/Übung/besonderen Auslandsverwendung.

- Bitte benutzen Sie für zusätzliche Angaben ein besonderes Blatt. -

Kreis Segeberg
Die Landrätin
Unterhaltssicherungsbehörde
Hamburger Str. 30
23795 Bad Segeberg

Antrag auf Leistungen für Wehrübende, Übende und Teilnehmer an einer besonderen Auslandsverwendung nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

1 Angaben zu meiner Person

Name, Vorname		Geburtsdatum	
Anschrift (Straße, HausNr.: PLZ, Ort)			
Tagsüber telefonisch erreichbar (Telefonnummer mit Vorwahl)		Im Falle meiner Abwesenheit ist auskunftsberechtigt (Vorname Name, Anschrift)	Tagsüber telefonisch erreichbar (Telefonnummer mit Vorwahl)
Familienstand ledig verheiratet <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Kinder, die mir gegenüber unterhaltsberechtig sind und/oder in meinem Haushalt leben		
	Vorname	Name	Geburtsdatum
	1. Kind		
	2. Kind		
	3. Kind		
Wehrübung vom-bis (Datum)		Dienstgrad	

2 Ich beantrage

<input type="checkbox"/> 2.1 Leistungen für Selbständige (§ 13 a USG) und bitte um Übersendung des hierfür vorgesehenen Fragebogens.	
<input type="checkbox"/> 2.2 Ersatz des mir infolge der Wehrübung entfallenden Arbeitsentgeltes (Verdienstausfallentschädigung nach § 13 Abs. 2 USG). Ich stehe in einem Arbeitsverhältnis. Mein Arbeitsverhältnis befindet sich im Inland. Meinen Verdienstaussfall	
<input type="checkbox"/> weise ich nach durch die beigefügte Arbeitgeberbescheinigung	<input type="checkbox"/> kann ich noch nicht nachweisen. Sollte ich die Arbeitgeberbescheinigung nicht rechtzeitig vorlegen, bitte ich mir zu Beginn der Wehrübung den Mindestbetrag der Verdienstausfallentschädigung als Abschlag auszuzahlen.
<input type="checkbox"/> 2.3 Verdienstaussfallentschädigung auf der Grundlage meines bisherigen Einkommens (§ 13 Abs. 3 USG). Meine Einkommensverhältnisse waren in den letzten 13 Monaten vor der Wehrübung bestimmt durch	
2.3.1 meine Berufsausbildung	
vom-bis (Datum)	Ausbildungsbetrieb (Name und Anschrift)
2.3.2 folgende Arbeitsverhältnisse	
vom-bis (Datum)	Arbeitgeber (Name und Anschrift)
a)	
b)	
2.3.3 folgende Verdienstaussfallzeiten	
vom-bis (Datum)	Art der Verdienstaussfallzeiten (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Krankheit o.ä.)
<input type="checkbox"/> 2.4 die Mindestleistung nach § 13 c Abs. 1 USG (z.B. Studenten ohne Arbeitseinkommen; Arbeitnehmer, denen der Arbeitgeber das Arbeitsentgelt während der Wehrübung freiwillig fortzahlt).	
<input type="checkbox"/> 2.5 die Mindestleistung nach § 13 c Abs. 3 USG. Ich bin Beamter/Richter/Berufssoldat im Ruhestand. Die Angaben über die Höhe meiner Versorgungsbezüge bitte ich einzuholen bei	
Dienststelle, Anschrift	Aktenzeichen

3 Ich bitte die Unterhaltssicherungsleistung zu überweisen

an mich

an Frau/Herrn (Vorname Name, Anschrift)

Geldinstitut/Postgiroamt

Bankleitzahl (BLZ)

Kontonummer

4 Ich erkläre ausdrücklich, dass ich meine Angaben vollständig und richtig gemacht habe und nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt bin.

Jede Veränderung bis zum vorgesehenen Ende der Wehrübung werde ich der Unterhaltssicherungsbehörde unverzüglich melden.

Für diese Wehrübung habe ich Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz noch nicht beantragt.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Versicherungsnummer und der Betrag meines infolge der Wehrübung entfallenden Bruttoarbeitsentgeltes an die für die Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zuständigen Behörden der Bundeswehrverwaltung weitergegeben werden.

Datum, Unterschrift

Anlage(n)

- Durchschrift des Einberufungsbescheides
- Arbeitgeberbescheinigung
- Besonderes Blatt mit zusätzlichen Angaben

Vermerk der Behörde